

# Was kann weg?

## Warum Kulturpolitik jetzt das Loslassen lernen muss



Clair Bötschi ist Künstler, Kulturunternehmer und professioneller Störenfried im Dienste der Kultur

**G**erade rollt eine Sparwelle durchs Land. Vielen Kommunen wird zum ersten Mal seit Jahren klar: Jetzt muss wirklich gespart werden – strukturell, nicht symbolisch. Das erzeugt Unruhe, denn der Kulturbereich kennt historisch vor allem eine Richtung: Mehr. Mehr Programme, mehr Strukturen, mehr Förderung, mehr Wachstum.

Als mich der Verein Ars Narrandi einlud, beim Symposium »Klein. Stark. Wirksam.« am 30. September 2025 im Württembergischen Kunstverein Stuttgart, einen World-Café-Tisch zu moderieren, sollte es eigentlich um »Entrepreneurship« gehen. Ich habe dankend abgelehnt und ein anderes Thema vorgeschlagen – nicht aus Provokation, sondern aus Dringlichkeit: Einen Blick darauf, *was wir nicht mehr brauchen*. So entstand der Titel meines Tisches: »Was kann weg?«

Eine Frage, die in Zeiten des Sparens plötzlich erstaunlich aktuell klingt – und die gleichzeitig kaum jemand ausspricht. Über Bedarfe reden wir leicht. Über das Ende von Dingen kaum.

Mich interessierte etwas Grundsätzlicheres: *Warum fällt es uns so schwer, Strukturen infrage zu stellen?* Wir können präzise benennen, was fehlt – Räume, Sichtbarkeit, Programme –, doch kaum jemand sagt: »Diese Struktur brauchen wir nicht mehr.«

Am Tisch zeigte sich diese Blockade sofort. Viele wichen aus und schilderten zunächst, was zusätzlich nötig wäre. Mehr Geld. Mehr dies, mehr das. Es wirkte, als verhindere ein Netz aus Loyalitäten und kulturpolitischen Selbstverständlichkeiten den klaren Blick.

Um das zu durchbrechen, stellte ich drei Leitfragen: *Was kann in der eigenen Praxis weg? Was kann in der öffentlichen Förderung weg? Und was kann kulturpolitisch weg?*

Im Folgenden möchte ich von drei Themen berichten, die in der Diskussion besonders deutlich wurden – auch wenn zu ihnen, wie zu vielen anderen

Punkten, sehr unterschiedliche Meinungen im Raum standen.

### 1. Relevanzsimulation

Relevanzsimulation tauchte am Tisch in vielen Varianten auf. Gemeint ist ein Zustand, in dem Kultur nicht mehr über ihre Praxis spricht, sondern über ihre Verwaltbarkeit. Anträge und Berichte sollen Relevanz darstellen – nicht erleben. Wirklichkeit wird in Verwaltungsbegriffe übersetzt: Output, Wirkung, Zielgruppe, Mehrwert.

Viele beschrieben diese Texte als höflich und korrekt, aber unehrlich. Zwischen künstlerischer Arbeit und administrativer Darstellung wächst eine Distanz, die sich wie eine zweite Realität anfühlt. Die Form ersetzt die Haltung.

So entsteht eine Kultur der Absicherung: Man beschreibt Wirkung, weil man sie nicht mehr spürt. Je weniger Kunst gesellschaftlich etwas auslöst, desto stärker versucht sie, ihre Bedeutung sprachlich zu beweisen. Und je intensiver diese Simulation betrieben wird, desto mehr Strukturen braucht es, um sie abzustützen. An diesem Punkt beginnt der Verwaltungsüberbau zu wachsen.

### 2. Der Verwaltungsüberbau

Auf die Relevanzsimulation folgt ein zweites Muster: der wachsende Verwaltungsüberbau des Kulturbereichs. Gemeint ist die Schicht von Strukturen, die sich zwischen Kunst und Kulturpolitik geschoben hat – Koordinierungsstellen, Fachstellen, Beratungsbüros, Vermittlungsagenturen, Netzwerke. Vieles davon ist sinnvoll gedacht, doch ihre Summe lässt ein System wachsen, das immer stärker von der eigentlichen Praxis wegdriftet.

Der Mechanismus dahinter ist klar: Auf jedes neue Problem reagiert das System mit einer zusätzlichen Struktur. Statt etwas zu beenden, wird etwas hinzugefügt. Die Meta-Ebene wächst – während die künstlerische Praxis gleichzeitig prekärer und fragmentierter wird.

Das Problem ist nicht die Struktur selbst, sondern ihre Verselbstständigung. Sie beginnt, sich unab-

hängig von der künstlerischen Wirkung zu legitimieren und zu reproduzieren. Effektivität wird in Zuständigkeiten gemessen, nicht in ästhetischen Ergebnissen.

Diese Dynamik entsteht dort, wo Kunst ihre Relevanz nicht mehr unmittelbar zeigen darf und deshalb administrativ »hergestellt« werden muss. Je weniger Praxis trägt, desto stärker wächst das Bedürfnis nach meta-institutionellen Stützen: Monitoring, Evaluation, Verstetigung. Doch Kultur entsteht nicht durch Verwaltung, sondern im Ereignis. Und an diesem Punkt stellte sich am Tisch eine zentrale Frage: Wenn Strukturen wachsen, während ihre Wirkung sinkt – was steuert sie inhaltlich? Die Antworten führten zum nächsten Thema: den Schubladen.

### 3. Schubladen

Viele Förderprogramme orientieren sich heute an klar definierten Themen – Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Diversität, Vermittlung. Sie sind oft sinnvoll gemeint, erzeugen aber Raster, die enger sind als die Praxis selbst. Projekte müssen in Schubladen passen, die mehr über politische Anschlussfähigkeit sagen als über die künstlerische Frage.

Vor allem übergreifende Arbeiten – zwischen Kunst, Bildung, Technologie oder urbanen Prozessen – rutschen schnell »zwischen die Systeme«. Die Kategorie entscheidet über die Förderfähigkeit, nicht die Idee. Am Tisch wurde ein Wunsch deutlich: Kulturschaffende wollen ihre Themen selbst setzen – aus der Logik ihrer Arbeit, nicht aus der Logik von Programmlinien.

Es ging daher nicht um die Abschaffung von Kategorien, sondern um ihre Weitung: größere Schubladen, weniger kleinteilige Raster, weniger vorausgesetzte Zwecke. Eine Förderung, die Komplexität zulässt und Eigenwilligkeit ermöglicht. Oder kürzer: Themenfreiheit ist keine Gefahr für die Kulturförderung, sondern ihre Voraussetzung.

#### Was kann nun weg?

Die Frage klingt einfach. Doch je länger wir am Tisch darüber sprachen, desto deutlicher wurde:

»Weglassen« ist in der Kultur kein administrativer Akt, sondern eine kulturelle Zumutung. Vielleicht, weil der Verlust von Relevanz längst in der Luft liegt. Vielleicht auch, weil viele spüren, dass der Abstand zwischen ästhetischem Erleben und administrativer Simulation größer geworden ist, als wir es öffentlich aussprechen.

Gut ausgestattete Institutionen können erstaunlich viel Energie darauf verwenden, ihre Relevanz zu simulieren – selbst dann, wenn keine künstlerische Notwendigkeit mehr spürbar ist. Gleichzeitig schaffen wir immer neue Strukturen, die diese simulierte Relevanz absichern sollen. Ein wachsender Verwaltungsüberbau stabilisiert ein System, das sich selbst nicht mehr trägt.

Wäre es nicht kulturpolitisch klüger, Strukturen zu beenden und Ressourcen in neue Formen, neue Allianzen, neue Orte zu investieren? Nicht als Kürzung, sondern als Entscheidung.

In persönlichen Gesprächen mit Kulturschaffenden werden diese Entscheidungen erstaunlich konkret: Welche Institutionen leer geworden sind. Welche Förderprogramme ihre Zeit hinter sich haben. Welche Versprechen nur noch rhetorisch existieren. Doch sobald mehrere Menschen im Raum sind, verstummen diese Gedanken. Die Angst ist groß: vor Konflikten, vor Loyalitätsbrüchen, vor den Folgen des Aussprechens.

Vielleicht muss genau diese Angst als Erstes weg – damit Kulturpolitik den Weg freimachen kann für etwas, das wir noch nicht kennen, weil wir keinen Platz mehr dafür lassen. Für neue Energien, die nicht der Verwaltung, sondern der Praxis entspringen.

Kultur wird nicht stärker, indem wir alles behalten. Sie wird stärker, wenn wir entscheiden. Wenn wir Strukturen beenden dürfen, ohne dass das als Scheitern gilt. Wenn wir Geld nicht in Bedeutungssimulationen stecken, sondern in neue Orte, neue Allianzen, neue ästhetische Wagnisse. ■